zugestellt durch Österreichische Post

FPÖ

Unsere Gemeinde

Unsere Heimat

FREIHEITLICHER GEMEINDEKURIER
Leobendorf

Ausgabe · August 2026 | 561432/2026
Impressum: FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten



Windräder:
Mehr Transparenz gefordert



Mit diesem Beitrag möchten wir unsere Sicht zum Thema Windkraft in Leobendorf darlegen.

Gleich vorweg ist uns wichtig zu betonen: Wir, die FPÖ Leobendorf, sind nicht grundsätzlich gegen neue Formen der Energiegewinnung. Wir alle wollen unser Leben angenehm gestalten, und dafür brauchen wir Strom.

Derzeit wird jedoch die Energiegewinnung durch Windkraft vielfach als alternativlos dargestellt, während bewährte Technologien rasch in Frage gestellt werden. Neue Entwicklungen sollten mit Augenmaß erprobt werden, ohne unnötige Schäden zu verursachen. Gleichzeitig darf nicht vergessen werden, dass die Forschung laufend Fortschritte macht und künftig möglicherweise noch bessere Lösungen hervorbringen wird.

Speziell im Osten Niederösterreichs prägen bereits zahlreiche Windräder das Landschaftsbild. Im April veranstaltete die FPÖ des Bezirks Korneuburg in Seebarn einen Diskussionsabend zum Thema Windenergie.

Dabei wurden auch die möglichen Nachteile der Windkraft angesprochen und ausführlich diskutiert. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt und die Besucher nutzten die Gelegenheit für Fragen und einen regen Meinungsaustausch.

Am 22. Juni fanden sowohl in Harmannsdorf als auch im Grunerhof in Leobendorf Informationsveranstaltungen jenes Unternehmens statt, das plant, auf Gemeindegebiet beider Orte jeweils fünf große Windräder zu errichten.

Der Eindruck einer Werbeveranstaltung für das Projekt ließ sich dabei nur schwer vermeiden. Die an den Infopoints anwesenden Mitarbeiter des Unternehmens konnten viele Fragen gar nicht oder nur unzureichend beantworten und mussten häufig erst in ihren Unterlagen nachsehen. Aus unserer Sicht entstand dadurch kein umfassendes Bild über Vor- und Nachteile des Vorhabens.

Laut Frau Bürgermeister stand diese Veranstaltung in keinem Zusammenhang mit der Gemeinde. Das Unternehmen habe den Grunerhof gemietet und die Veranstaltung selbst organisiert – grundsätzlich eine Möglichkeit, die jedem offensteht.

Auf dem Einladungsflyer war allerdings der Hinweis „Amtliche Mitteilung“ zu finden. Auch im letzten Gemeindejournal lud die Gemeinde zu dieser Informationsveranstaltung ein, ohne auf das Unternehmen als Veranstalter hinzuweisen. Das erscheint aus unserer Sicht widersprüchlich.

Gegen eine Volks- oder Bürgerbefragung zur Errichtung der Windräder haben wir grundsätzlich nichts einzuwenden.

Einer solchen können wir im Gemeinderat jedoch erst zustimmen, wenn nach der für September angekündigten Informationsveranstaltung, diesmal von der Gemeinde mit unabhängigen Experten organisiert, gewährleistet ist, dass sowohl die positiven als auch die negativen Aspekte des Projekts offen dargestellt werden und die Bevölkerung vor Ort ausreichend Gelegenheit hat, Fragen zu stellen.



Unverständlich ist für uns auch die Haltung der Grünen. Gerade sie setzen sich für den Schutz und den Erhalt der Natur ein, unterstützen aber gleichzeitig die Errichtung von Windrädern mit einer Höhe von bis zu 289 Metern.

Für unsere Versorgung sind wir alle auf Lkw-Transporte angewiesen, die von den Grünen häufig kritisch gesehen werden. Zur Baustelle der geplanten Windräder führt jedoch kein Bahnanschluss. Weder der Erdaushub von rund 28.000 Kubikmetern noch Schotter, Zement, Beton oder die großen Stahlbauteile können per Bahn transportiert werden.

Dafür werden tausende Lkw-Fahrten erforderlich sein. Dieser Aspekt scheint dabei kaum Beachtung zu finden.

Als Vorsitzender des Ausschusses für Tourismus, Wanderwege und Marterln kann ich einem solchen Windkraftprojekt in unserer Region nichts abgewinnen.

Die geplanten Anlagen würden das Landschaftsbild massiv verändern und einen erheblichen Eingriff in die Natur darstellen.

Euer GGR Peter Piry

Termin vormerken:
Gansl-Essen



5. November 2026 um 18:00 Uhr / Tavernen-Wirtschaft Kreuzenstein
Burg Kreuzenstein 2, 2100 Leobendorf

Veranstaltet von der Bezirksgruppe Korneuburg

Bericht aus dem Ausschuss für Märkte und Tourismus





Unser alljährlicher Ostermarkt musste heuer aufgrund der widrigen Wetterverhältnisse am Palmsonntag leider abgesagt werden. Als Ersatz wurde am 19. April ein zusätzlicher Markt unter dem Titel „Frühlingsmarkt“ veranstaltet. Im Mittelpunkt standen Bastel- und Kunsthandwerk, wobei zahlreiche Aussteller ihre überwiegend selbstgefertigten Produkte und Werke den Besuchern präsentierten. Auch kulinarisch hatte der Markt einiges zu bieten. Am Stand der Naturfreunde wurden wieder schmackhafte Speisen angeboten, während Winzer Franz Bauer die Gäste mit qualitativ hochwertigen Weinen versorgte. Für die jüngsten Besucher standen ab 14 Uhr zwei Ponys für kostenlose Reitrunden bereit.



Am Stand der FPÖ Leobendorf, betreut von den Gemeinderäten Franz Schmöllerl und Peter Piry mit tatkräftiger Unterstützung ihrer Familien, wurden Kaffee und selbstgemachte Mehlspeisen angeboten.

Der Reinerlös aus dem Verkauf in Höhe von **360 Euro** wurde an die **„St. Anna Kinderkrebsforschung“ gespendet.** Der Frühlingsmarkt lockte zahlreiche Besucher aus Leobendorf und den umliegenden Gemeinden an.

Leider musste die Veranstaltung aufgrund aufziehenden Regens rund zwei Stunden früher als geplant beendet werden.

Weinlüfterl

Am 14. Juni fand die Veranstaltung „Weinlüfterl“, diesmal in Leobendorf auf dem Platz vor dem Grunerhof, statt. Das Wetter zeigte sich von seiner besten Seite und sorgte für ideale Bedingungen. Für die musikalische Umrahmung und beste Unterhaltung sorgte der Musikverein Kreuzenstein.

Sechs Winzer aus unserer Großgemeinde präsentierten ihre hochwertigen Qualitätsweine und ließen bei den Besuchern keine Wünsche offen. Für das leibliche Wohl mit alkoholfreien Getränken und ausgezeichneten Speisen sorgte die Freiwillige Feuerwehr Leobendorf.

Auch für die jüngsten Gäste wurde einiges geboten. Die Jugendgruppe begeisterte mit einem Kinderschminken, während der Stand von „Zucker Peter“ mit seinen süßen Köstlichkeiten großen Anklang fand.

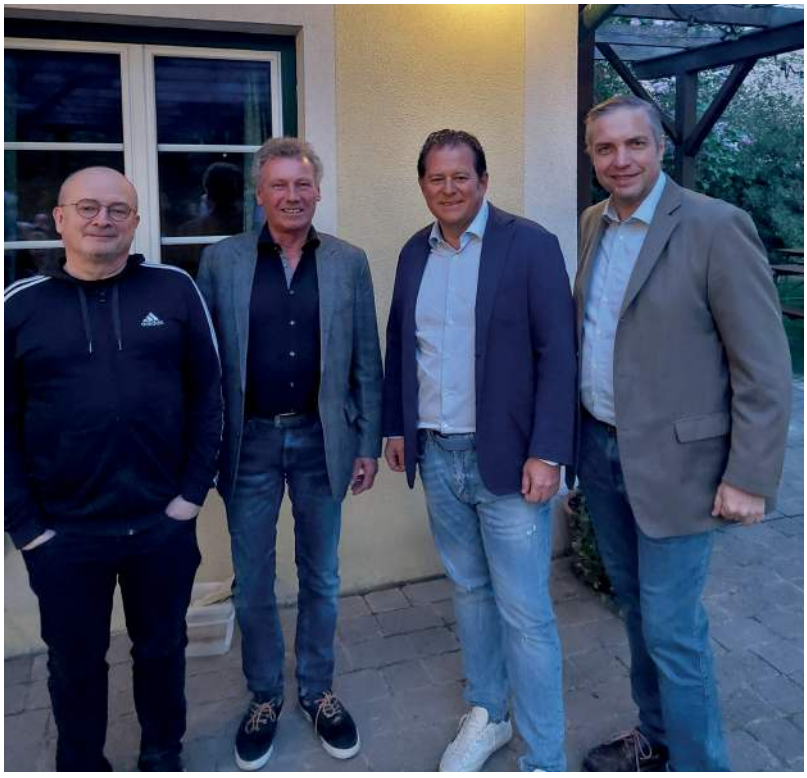
Die nächste Veranstaltung des Ausschusses findet am **26. Oktober 2026** statt. Beim traditionellen Sternwandertag führen die Wanderungen von allen Katastralgemeinden zur „Schönen Aussicht“, wo der gemeinsame Abschluss stattfinden wird.

Diskussionsabend zu aktuellen gesellschaftlichen Themen

Am 25. April veranstaltete die FPÖ-Bezirkspartei im Heurigenlokal Bauer in Leobendorf einen Diskussionsabend mit dem aus zahlreichen TV-Sendungen bekannten Prof. Bernhard Heinzlmaier sowie Wolfgang Kieslich.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen Themen wie der Wertewandel in unserer Gesellschaft, Migration sowie die Zukunft unseres Landes und der Jugend.

Zahlreiche Besucher verfolgten die interessanten Ausführungen der Referenten und nutzten die Gelegenheit, Fragen zu den einzelnen Themen zu stellen. Diese wurden ausführlich und informativ beantwortet.



FPÖ-Bezirkswein kommt aus Oberrußbach

Am 15. Juni fand in der Tavernenwirtschaft der Burg Kreuzenstein die Taufe des neuen FPÖ-Bezirksweins statt. Bei angenehmem Wetter und im Beisein zahlreicher Gäste führte Bezirksobmann LAbg. Mag. Hubert Keyl durch das Programm.



Die Patenschaft für den Bezirkswein übernahm **LH-Stellvertreter Udo Landbauer**, während Pfarrvikar Andreas Guganeder die feierliche Weintaufe vornahm. Das Etikett des Weins ziert ein von Künstler Odin Wiesinger gestaltetes Motiv der Burg Kreuzenstein.

Unter den Gästen befand sich auch Burgherr Hans Christian Wilczek, der LH-Stellvertreter Udo Landbauer sowie weiteren Interessierten bei einem kurzen Rundgang die Geschichte und Besonderheiten der imposanten Burg näherbrachte. Für die musikalische Umrahmung sorgte die Blaskapelle Langenzersdorf und trug wesentlich zur gelungenen Atmosphäre bei. Rückblickend war die Weintaufe eine feierliche und zugleich gemütliche Veranstaltung, die bei den zahlreichen Gästen großen Anklang fand.




FPÖ
HIER IST
NOCH PLATZ
FÜR DICH
SEI DABEI MACH MIT
WERDE MITGLIED
IN LEOBENDORF
Ansprechtpartner GGR Peter Piry
0664 15 63 066
p.piry@piry.at


DIE KRAFT DER
POSITIVEN
VERÄNDERUNG!
FREI SEIN. MIT UNS.
FW.
FREIHEITLICHE
WIRTSCHAFT
FW.AT/NOE

Udo Landbauer bringt Bus, Bahn und Anrufsammeltaxi in ein gemeinsames System



Mobilität entscheidet über Lebensqualität. Gerade im Weinviertel wissen die Menschen ganz genau, dass öffentlicher Verkehr im ländlichen Raum anders funktionieren muss als in Wien oder in anderen Ballungsräumen. Wer am Land lebt, braucht verlässliche Verbindungen für den Weg zur Arbeit, zur Schule, zum Arzt, zum Einkaufen und zurück nach Hause. Gleichzeitig muss klar sein: Ein großer Linienbus ist nicht überall und zu jeder Tageszeit die richtige Antwort. Dort, wo viele Menschen unterwegs sind, braucht es starke Linien. Dort, wo die Nachfrage geringer ist, braucht es flexible Lösungen.

Genau hier setzt das neue Verkehrsmodell „Weinviertel West“ an.

Unter der Verantwortung von Verkehrslandesrat **LH-Stellvertreter Udo Landbauer** wird der öffentliche Verkehr im westlichen Weinviertel neu geordnet. Nicht ideologisch, nicht abgehoben, sondern praktisch: Bahn, Regionalbusse und Anrufsammeltaxis werden zu einem integrierten Gesamtangebot verbunden. Das ist der richtige Weg für unsere Region.

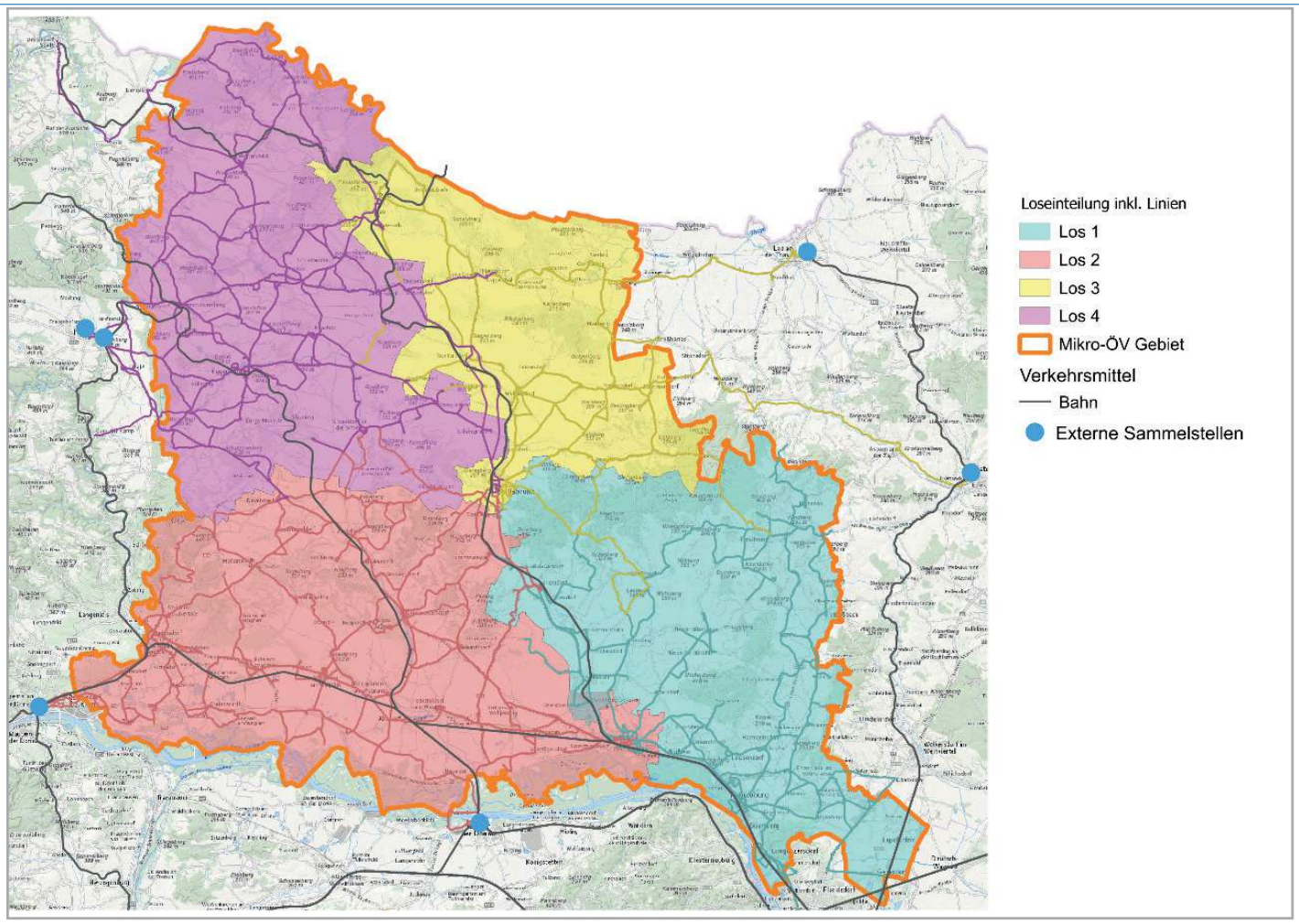
Das sogenannte leopoldi-Prinzip der NÖVOG verbindet die Stärken des klassischen Linienverkehrs mit den Stärken flexibler Bedarfsverkehre. Die Bahnlinien und die LEOpoldi Regionalbusse bilden die starken Hauptachsen. Sie sind die Hauptschlagadern des öffentlichen Verkehrs und sollen dort fahren, wo viele Fahrgäste unterwegs sind. Ergänzend dazu kommen die leoPOLDI Anrufsammeltaxis zum Einsatz. Sie kommen dort zum Einsatz, wo große Linienbusse wirtschaftlich und verkehrlich wenig sinnvoll sind – in der Fläche, auf Nebenstrecken und zu Zeiten geringerer Nachfrage.

Damit entsteht kein Flickwerk, sondern ein Gesamtmodell. Das ist der entscheidende Unterschied. Es geht nicht darum, hier ein paar Busse und dort ein paar Taxis nebeneinander fahren zu lassen. Es geht darum, die Angebote so aufeinander abzustimmen, dass der Bürger verlässlich von A nach B kommt. Gerade Pendler, Schüler, Familien und Senioren brauchen keine politischen Schlagworte, sondern ein Angebot, das im Alltag funktioniert

Die Leistungsdaten zeigen, dass hier nicht klein gedacht wird. Das Pilotprojekt „Weinviertel West“ umfasst rund 70 Gemeinden mit etwa 200.000 Einwohnern. Geplant sind rund 150 leopoldi Regionalbusse auf etwa 65 Linien. Diese werden pro Jahr rund 5,2 Millionen Kilometer zurücklegen. Zusätzlich sollen rund 21 leopoldi Anrufsammeltaxis Montag bis Samstag unterwegs sein. Bestellt werden können diese flexibel – telefonisch und über die poldi-App. Das Pilotprojekt wird für acht Jahre vergeben, mit der Möglichkeit einer Verlängerung auf zehn Jahre.

Das ist ein starkes Signal für das Weinviertel. Udo Landbauer zeigt damit, dass öffentlicher Verkehr im ländlichen Raum nicht an starren Denkmustern scheitern darf. Der Verkehrslandesrat setzt auf Qualität, Verlässlichkeit und einen sinnvollen Einsatz von Steuergeld. Genau das ist freiheitliche Verkehrspolitik: Das Angebot muss den Menschen dienen – nicht irgendwelchen politischen Moden.

Besonders wichtig ist dabei die Rolle der NÖVOG. Seit Ende 2024 hat die Niederösterreichische Verkehrsorganisationsgesellschaft



die Gesamtverantwortung für den öffentlichen Regionalbusverkehr übernommen – also für Busse und bedarfsgesteuerte Verkehre. Das ist ein wesentlicher Schritt, weil damit Planung, Abstimmung und Verbesserung aus einer Hand erfolgen können. Buslinien müssen untereinander funktionieren. Bus und Bahn müssen besser aufeinander abgestimmt werden. Und flexible Angebote müssen dort eingesetzt werden, wo sie echten Nutzen bringen.

Udo Landbauer hat in dieser Frage klar gemacht, worum es geht: Öffentlicher Verkehr muss pünktlich und verlässlich sein. Das klingt einfach, ist aber der Kern jeder vernünftigen Verkehrspolitik. Die Menschen brauchen keine schönen Konzepte am Papier, sondern ein System, das sie in der Früh zur Arbeit bringt, am Nachmittag nach Hause, den Schüler in die Schule und den älteren Menschen zum Arzt.

Dass der Betriebsstart von „Weinviertel West“ nun für 2027 geplant ist, liegt nicht an politischer Untätigkeit. Der Abschluss des Vergabeprozesses hat sich wegen eines Rechtsmittels eines unterlegenen Bieters verzögert. Das ist in einem Rechtsstaat möglich und muss auch entsprechend abgewickelt werden. Wer daraus ein politisches Versagen des Landes konstruieren will, ignoriert entweder bewusst die Rechtslage oder versteht das Verfahren nicht. Ein Verkehrslandesrat kann ein Vergabeverfahren nicht einfach per Zuruf abdrehen oder einen Einspruch wegtelefonieren. Das unterscheidet seriöse Regierungsarbeit von billiger Oppositionsinszenierung.

Genau diese haltlose Inszenierung erleben wir derzeit leider von der SPÖ. Aus einer schwachen politischen Position heraus wird versucht, die Verantwortung für das Auslaufen des Anrufsammeltaxis im Bezirk Korneuburg dem Land Niederösterreich umzuhängen.

Das ist falsch. Es ist eine tatsachenwidrige Darstellung und eine Nebelgranate auf Kosten der Bürger.



Die Fakten sind klar: Das regionale Anrufsammeltaxi-System im Bezirk Korneuburg geht auf das Jahr 2015 zurück. Damals startete das Vorgängermodell „Korneuburg ISTmobil“ als regionales Zusatzangebot. Dieses Angebot war aber nie das Grundangebot des Landes Niederösterreich. Es wurde von der Region zusätzlich zum bestehenden Regionalbusangebot eingeführt.

Genau deshalb war auch immer klar: Die Gemeinden bestellen, organisieren und tragen ihren Anteil. Das Land kann fördern – und das Land hat gefördert.

Auch für das Betriebsjahr 2026 wurde die Landesförderung zugesagt. Konkret geht es um 200.528 Euro Landesförderung bei 469.800 Euro Gesamtkosten. Das Land Niederösterreich hat damit geliefert. Es hat seine Aufgabe als Fördergeber erfüllt. Wer jetzt behauptet, das Land habe „abgedreht“, verbreitet eine Unwahrheit. Die Einstellung von „Korneuburg mobil“ per 30. Juni 2026 beruht auf einer Entscheidung der beteiligten Gemeinden. Diese Gemeinden finanzieren und bestellen das System. Wenn sie die Verträge nicht weiterführen, dann ist das eine regionale Entscheidung. Und ja:

Dazu gehören auch Gemeinden, in denen die SPÖ kommunalpolitische Verantwortung trägt oder mitverantwortlich ist. Gerade deshalb ist die rote Empörung besonders durchsichtig.

Dort, wo man selbst in den Gemeinden Verantwortung trägt, will man plötzlich nichts mehr davon wissen – und zeigt mit dem Finger auf das Land.

Dabei wäre der Weg klar gewesen. Bis zur Umsetzung von „Weinviertel West“ hätte die Region das bestehende Zusatzangebot weiterführen und für eine weitere Förderung beim Land ansuchen können.

Das Land steht weiterhin als Fördergeber im Rahmen der geltenden Regeln zur Verfügung. Aber eines muss auch gesagt werden: Wer ein zusätzliches Angebot bestellt, muss auch bereit sein, den nach Abzug der Förderung verbleibenden Anteil zu tragen. Verantwortung kann man nicht nur dann übernehmen, wenn sie politisch angenehm ist.

Mit dem Start von „Weinviertel West“ wird sich diese Struktur ohnehin grundlegend verbessern. Dann werden große Teile der bedarfsgesteuerten Grundversorgung in das neue Landesgrundangebot integriert.

Für die Gemeinden bedeutet das: Künftig fällt für die ausgeschriebene bedarfsgesteuerte Grundversorgung kein eigener Kostenbeitrag mehr an. Gerade das zeigt, wie sinnvoll das neue Modell ist. Es nimmt nicht nur den Bürger ernst, sondern entlastet auch die kommunale Ebene.

Eine zentrale Rolle in dieser Auseinandersetzung nimmt auch LAbg. Mag. Hubert Keyl ein.

Als Verkehrssprecher der FPÖ Niederösterreich, als Obmann des Verkehrs-Ausschusses im NÖ Landtag und als Bezirksparteiobmann im Bezirk Korneuburg kennt er die Lage vor Ort und die Abläufe im Landtag. Er hat in der Debatte klar ausgesprochen, was Sache ist: Das Land liefert. Die Gemeinden haben eingestellt. Und die SPÖ versucht, mit einer armseligen Inszenierung von dieser Tatsache abzulenken.



LAbg. Mag. Hubert Keyl
Bezirksparteiobmann

Keyl steht dabei für eine Politik, die sich nicht von Schlagzeilen treiben lässt, sondern die Zuständigkeiten sauber benennt.

Gerade im Verkehr braucht es Sachlichkeit. Wer bestellt? Wer zahlt? Wer fördert? Wer entscheidet? Diese Fragen muss man beantworten, bevor man politische Vorwürfe erhebt. Genau das wurde im Landtag klargestellt. Die Freiheitlichen stehen zu einer funktionierenden Mobilität im Weinviertel.

Wir wissen: Das Auto bleibt im ländlichen Raum unverzichtbar. Aber dort, wo öffentlicher Verkehr sinnvoll ist, muss er auch verlässlich und sauber organisiert sein. Das neue Modell „Weinviertel West" ist deshalb ein wichtiger Schritt. Es verbindet starke Linien mit flexiblen Angeboten. Es berücksichtigt die Realität der Fläche.

Und es folgt einem einfachen Grundsatz: Öffentlicher Verkehr muss dem Bürger nützen. Während andere Parteien versuchen, aus Verzögerungen im Vergabeverfahren oder aus kommunalen Entscheidungen parteipolitisches Kleingeld zu schlagen, arbeitet Udo Landbauer an einer strukturellen Verbesserung des öffentlichen Verkehrs in Niederösterreich. Das ist der Unterschied zwischen Verantwortung und Theater.

Für das Weinviertel bedeutet „Weinviertel West" eine echte Chance: mehr Ordnung im System, bessere Abstimmung von Bus und Bahn, flexible Ergänzung durch Anrufsammeltaxis und ein Angebot, das auf die Bedürfnisse der Menschen im ländlichen Raum zugeschnitten ist.

Genau diesen Weg werden wir Freiheitliche weiter unterstützen.



Integration ist Pflicht, keine Option:

Neuer Integrationskodex durch freiheitliche Regierungsbeteiligung möglich



Martin Antauer
Landesrat

Die FPÖ steht klar gegen weitere Zuwanderung, vor allem aus kulturfremden Regionen. Denn wir sehen jeden Tag, welche Probleme entstehen, wenn Menschen zu uns kommen, die unsere Sprache nicht sprechen, unsere Werte nicht teilen und unsere Lebensweise ablehnen.

Viele dieser Zuwanderer wurden von der Bundesregierung in unser Land gelassen. Die Folgen spüren unsere Gemeinden, unsere Schulen, unsere Betriebe und unsere Bevölkerung.

Genau deshalb sagen wir in Niederösterreich klar: Wenn Menschen durch die falsche und verantwortungslose Migrationspolitik der Bundesregierung hierbleiben dürfen, dann müssen ausnahmslos alle ihren Beitrag leisten.

Dafür haben wir den neuen Integrationskodex geschaffen. Er stellt unmissverständlich klar: Integration ist Pflicht, keine Option. Wer in Niederösterreich leben will, muss Deutsch lernen, unsere Gesetze achten, unsere Werte respektieren und für sich selbst Verantwortung übernehmen.

Es darf nicht sein, dass der Staat zahlt, die Bevölkerung die Folgen trägt und manche glauben, sie müssten sich nicht anpassen. Seit die FPÖ in Niederösterreich mitregiert, werden die Dinge anders. Wir schauen nicht weg. Wir reden Probleme nicht schön. Wir setzen dort an, wo das Zusammenleben tatsächlich entscheidet: bei Sprache, Arbeit, Schule, Wohnen, Sicherheit und Respekt vor unserer Rechtsordnung.

Deutsch ist der Schlüssel. Wer unsere Sprache nicht spricht, kommt in der Schule nicht mit, findet schwer Arbeit und bleibt oft in Parallelgesellschaften hängen. Deshalb braucht es klare Deutschpflichten im Alltag, in Bildungseinrichtungen und im Kontakt mit Behörden.

Auch beim Arbeiten braucht es klare Regeln. Unser Sozialsystem ist für echte Notlagen da. Es darf aber kein dauerhaftes Lebensmodell sein. Wer arbeiten kann, muss arbeiten. Wer Hilfe bekommt, muss mitwirken.

Ebenso gilt: In Niederösterreich stehen unsere Gesetze über religiösen Sonderregeln, Ehrvorstellungen oder Traditionen, die nicht zu unserer Lebensweise passen. Gleichberechtigung, Rechtsstaat, Sicherheit und Respekt sind nicht verhandelbar.

Wer sich integriert, Deutsch lernt, arbeitet und unsere Regeln achtet, kann Teil unserer Gemeinschaft sein. Wer das verweigert, muss mit Konsequenzen rechnen. Hier ist die Bundesregierung gefordert, konsequente Abschiebungen endlich in die Tat umzusetzen. Denn wer unsere Regeln missachtet, unsere Werte ablehnt oder straffällig wird, darf nicht in unserem Land bleiben.

Das ist der neue Kurs in Niederösterreich: weniger Schönreden, mehr Klarheit. Weniger falsche Toleranz, mehr Ordnung. Und vor allem mehr Fairness gegenüber allen, die sich an die Spielregeln halten.

Euer Sicherheitslandesrat
Martin Antauer